

Berliner IG Metall lehnt Hartz-Vorschläge ab

Diskussion über Hartz in ver.di Berlin

Leiharbeit und Drehtüreffekt durch Hartz am Bau

Der Solidarpakt des Senats: neoliberaler Etikettenschwindel

Berliner GEW vor Streik?

Schließung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen

Die Hartz-Vorschläge: eine politische Einschätzung

Kauf Dir Deinen Ausbildungsplatz



■ Hartz-Vorschläge – Vorstände unter Beschuss:

„...dann könnt ihr die Mitgliedsausweise mit Eimern einsammeln“

Die Vorstände der Einzelgewerkschaften und der DGB befürworten weiterhin grundsätzlich die Hartz-Pläne und auch die vom Bundestag beschlossene Gesetzesinitiative. Zugleich kritisieren die Gewerkschaften an vielen Einzelpunkten das Konzept. Würde diese richtige Detailkritik in ihrer Gesamtheit ernst genommen, müssten die Gewerkschaftsvorstände in Opposition und Konfrontation zur SPD/ Grünen-Regierung gehen. Dies ist bisher jedoch nicht geschehen. Zu sehr hängen sie noch an der sozialdemokratischen Nabelschnur und der Hoffnung, auch die allerletzten Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen tarifvertraglich absegnen oder abfedern zu können. Bis vor kurzem forderten die Gewerkschaften noch das Verbot der Leiharbeit. Heute sind sogar Tarifverträge für Niedriglöhne akzeptabel. DGB-Vorsitzender Sommer: *„Wir werden nach unten abweichen, denn wir wollen passgenaue Lösungen für Langzeitarbeitslose. Ich nenne bewusst keine Prozentzahl, denn für einen hochqualifizierten Ingenieur brauchen wir keinen Lohnrabatt. Für Langzeitarbeitslose wird es günstigere Einstiegstarife geben. Da haben wir eine moralische Verpflichtung.“* (SZ, 28.11.)



Nach Hartz jetzt Rürup: Die Bundesregierung plant die Demontage auch von Renten- und Krankenversicherung

Auch den nächsten Angriff auf die Sozialversicherungen tragen die Gewerkschaften mit. In einer Presseerklärung der von Bundesministerin Ulla Schmidt am 21. November eingesetzten Rürup-Kommission (Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme) heißt es u.a.: *„In der Gesetzlichen Rentenversicherung wird es darum gehen, den eingeschlagenen Weg des Ausbaus der kapitalgedeckten Ergänzungssysteme weiterzuführen“*. Dies bedeutet nichts anderes, als die vollständige Zerschlagung der paritätisch (von Beschäftigten und Unternehmen) finanzierten Rentenversicherung. Die Riester-Rente war nur der erste Schritt hierzu. Auch in der Krankenversicherung sollen die Eigenbeteiligung und Privatisierung weiter ausgebaut werden.

An der Spitze dieser Kommission steht Bert Rürup, Professor für Volkswirtschaft in Darmstadt. Schon vor Beginn der ersten Sitzung tat er sich mit dem Vorschlag hervor, die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre zu erhöhen. Der ebenfalls beteiligte Wissenschaftler Axel Börsch-Supan versucht Rürup mit der Forderung einer Altersgrenze von 68 Jahren sogar noch zu überbieten. Da kaum jemand die

berlin  von unten

Soli- und Selbstkostenbeitrag: 1,- Euro oder mehr

Altersgrenze von 65 Jahren im Betrieb erreicht, bedeutet dies nichts anderes, als weitere Abschlüsse auf die zukünftige Rente.

Auf Unternehmerseite sind in der Kommission die üblichen Verdächtigen vertreten, von gewerkschaftlicher Seite lediglich Ursula Engelen-Kefer (DGB-Vize) und Klaus Wiesehügel (Vorsitzender IG BAU). Wie schon in der Hartz-Kommission bilden die Gewerkschaften nur ein Anhängsel. Als VertreterInnen der abhängig Beschäftigten sitzen dann noch Nadine Franz (ehem. Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung der Schering AG und Mitglied der Tarifkommission der IG BCE) und Manfred Schoch (Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender, BMW AG) in der Kommission. Für die Unternehmerseite sind es u.a. Claus-Michael Dill (Vorstandsvorsitzende des AXA Konzerns), Günther Fleig (Personalchef der DaimlerChrysler AG), Jürgen Husmann (Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA), der Unternehmensberater Roland Berger und Eggert Vo-

scherau (Mitglied des Vorstands der BASF AG und Präsident des Internationalen Chemieverbandes ICCA).

Bundesweite Proteste gegen Hartz und die Pläne der Bundesregierung

Auch wenn der Bundestag inzwischen die Hartz-Pläne beschlossen hat, ist der Widerstand dagegen nicht sinnlos. Zum einen wurden die Pläne zunächst vom Bundesrat abgelehnt, zum anderen sind Gesetze auch rückgängig zu machen. Eine inzwischen kaum zu überblickende Anzahl gewerkschaftlicher Gremien hat sich gegen die Hartz-Pläne ausgesprochen. Der erste Schritt zu einem koordinierten Widerstand ist, von einander zu wissen. Aus diesem Grund geben wir hier einen Überblick über die vielfältigen gewerkschaftlichen Stellungnahmen und Beschlüsse.

Die meisten Proteste kommen von Gliederungen der IG Metall und ver.di. Neben diesen lehnen aber auch bspw. der DGB-Kreisvorstand Odenwaldkreis, der DGB-Ortsverband Unterzent (Odenwaldkreis), der DGB-Ortsverband Weinheim

sowie die DGB-Jugend Hamburg die Hartz-Pläne ab. Vielfach wird die Ablehnung mit der Forderung nach einer offensiveren (Tarif-)Politik der Gewerkschaften verbunden. So fordert der Ortsverband der IG BAU Hamburg, „sofort jegliche Unterstützung und jede positive Kommentierung des so genannten Hartz-Konzeptes zu unterlassen, umgehend eine Kampagne gegen das Hartz-Konzept zu initiieren und für die 35-Stunden-Woche per Gesetz, die Altersrente mit 60 ohne Abschlüsse sowie das Verbot der Leiharbeit zu kämpfen“.

ver.di

Im Bereich von ver.di sind es zum einen gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen, die gegen den von der Bundesregierung aufgenommen Kampf gegen die Arbeitslosen protestieren (z.B. der Bundeserwerbslosenausschuss von ver.di, der Bezirkserwerbslosenausschuss von ver.di in Dortmund). „Die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit werden ignoriert. Erwerbslose werden für die Entwicklung neoliberaler und kapitalistischer Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik ver-

berlin von unten

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ihr haltet jetzt die dritte Ausgabe unserer Zeitung „berlin von unten“ in den Händen. Vor der Herausgabe dieser Nummer hatten wir eine Umfrage gemacht, in der wir herausfinden wollten, ob es für diese Zeitung ein Bedürfnis gibt. Obwohl nur wenige auf eine entsprechende Anfrage per Email geantwortet haben, war das Ergebnis doch insgesamt ermutigend. Wir haben gemeinsam bilanzieren können, dass es möglich ist, aufgrund der Nachfrage etwa 400 Exemplare von „berlin von unten“ im momentanen Erscheinungszyklus zu vertreiben. Das Projekt ist finanzierbar, wenn wir für diese Auflage pro Exemplar 1 Euro einnehmen und der Rest über die beteiligten Gruppen bestritten wird.

An dieser Ausgabe beteiligt sind Mitglieder des Gesprächskreises Politische Gewerkschaften, des Arbeitskreises Internationalismus der IG Metall Berlin, der Gruppe Gegenwehr (ehem. Bündnis krit. GewerkschafterInnen) der Gruppe Arbeiterpolitik Berlin sowie andere aktive GewerkschafterInnen. Seit nunmehr mehr als einem Jahr haben wir in Berlin einen rot-roten Senat. Am Abbau sozialer Leistungen, der Zerstörung der öffentlichen Dienstleistungen in Berlin,

Stellenstreichungen und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat sich jedoch nichts geändert. Im Gegenteil, SPD und PDS haben sich mit der Zustimmung zur Risikoabschirmung der Berliner Bankgesellschaft sogar zu den Verwaltern einer kleinen Gruppe von Vermögenden aufgeschwungen, deren dreiste Vermögensentwicklung auf Kosten der Allgemeinheit bedient wird. Statt den Lebensstandard und die sozialen Rechte der von Verarmung bedrohten Bevölkerungsteile zu verteidigen, wetteifern nun auch die Parteien mit dem „S“ im Namen mit CDU und FDP um das beste Marketing-Konzept zur Durchsetzung des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. Diese Erfahrung und die bisher nur zögerliche und oft nicht grundsätzliche Gegenwehr der Gewerkschaften in Berlin haben uns vor über etwa einem Jahr zusammengeführt. Unser Anliegen war und ist es, Möglichkeiten der Gegenwehr gegen die Politik des sozialen Kahlschlags in Berlin zu diskutieren und zu dokumentieren.

Die Gründung des Anti-Hartz-Komitees, an dem wir – zusammen mit anderen gewerkschaftlich orientierten Gruppen – teilnehmen, ist für uns ein Hoffnungszeichen. Wir hoffen, dass hierüber die nötige soziale Vernetzung vorankommt, die in Ländern wie Italien und Frankreich bereits besser

fortgeschritten ist und bei uns noch lahm. Wir hoffen mit unserer Zeitung diesen Prozess zu fördern.

Die einzelnen Artikel sind redaktionell abgestimmt – auch wenn sie nichts bis ins Einzelne von der gesamten Redaktion geteilt werden. Damit wir uns jedoch nicht in unendlichen Debatten um die „richtige Linie“ lahm legen, sind die Artikel namentlich gekennzeichnet.

Wir wollen mit „berlin von unten“ erreichen, dass die sehr zahlreichen Initiativen, Gruppen und gewerkschaftlichen und betrieblichen Gremien Kontakt untereinander bekommen. Wir sind deshalb über Zuschriften und Beiträge nicht nur erfreut, sie sind ausdrücklich erwünscht. Sei es als Leserbriefe oder als Beitrag aus den Bereichen, in denen ihr arbeitet oder aktiv seid. Erreichen könnt ihr uns unter:

Stefan Müller
Kopernikusstraße 33, 10243 Berlin
e-mail:
solidarisches.soziales@berlin.de

Wenn ihr diese und folgende Ausgaben der „berlin von unten“ mit der Post erhalten wollt, schreibt uns an obige Adresse.

Die Redaktion

Andreas, Jochen, Lothar,
Sebastian, Stefan, Uli, Willi



15. NOVEMBER 2002 VOR DEM BUNDESTAG: KUNDGEBUNG DES ANTI-HARTZ-BÜNDNISSES MIT UNTERSTÜTZUNG DES DGB

antwortlich gemacht. Im Vordergrund muss die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen stehen. Dies geschieht nicht durch weitere Leistungskürzungen, Ausbau des Niedriglohsektors und die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, sondern hier müssen die Unternehmen und Arbeitgeber in die Pflicht genommen und nicht noch belohnt werden.“ (Bundeserwerbslosenausschuss von ver.di, 2. September 2002).

Zum anderen kommt ein großer Teil der gewerkschaftlichen Proteste in ver.di aus dem früheren IG Medien-Bereich. So nahmen der FB 8 im Bezirk Westfalen, die Bezirkskonferenz Essen des FB 8 und der Ortsverein München im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie gegen die Pläne der Bundesregierung Stellung. Weiterhin lehnen die Delegiertenversammlung des Fachbereiches 5 (BiWiFo) von ver.di in Frankfurt und die Mitgliederversammlung der ver.di-Jugend (Bezirk Bremen/Bremerhaven) das Hartz-Konzept ab.

Hervorzuheben ist, dass sogar schon zwei Landesbezirke von ver.di sich gegen den eigenen Bundesvorstand stellen, nämlich Bayern und NRW, der größte ver.di-Landesbezirk.

In Duisburg kam es in den vergangenen Wochen schon zu ersten Protesten. Dort wurde am 16. September unter der Beteiligung des damaligen Arbeitsministers Riester eine der ersten Personal-Service-Agenturen, Kern des Hartz-Konzeptes, eröffnet. Sie soll bei der privaten START Zeitarbeit NRW angesiedelt werden. Weder Personalräte noch die Selbst-

verwaltungsorgane im Arbeitsamt waren bei den Vorbereitungen zu dieser ersten PSA beteiligt. Die Bezirksverwaltung von ver.di lud daraufhin zu einer kleinen Protestkundgebung ein. Da der Bundesvorstand jedoch die Hartz-Pläne begrüßt, wurde diese Demonstration wieder abgeblasen. Dies ist zudem kein Wunder, da der DGB selber Mitgesellschafter dieser Leiharbeitsfirma ist. „Walter Riester kam gegen ca. 10.00 Uhr in Duisburg bei Start Zeitarbeit Duisburg an und wurde durch den Vorsitzenden des Erwerbslosenrates Duisburg, Bernd Janke, in eine kurze Diskussion verwickelt. Durch eine Begleiterin von Walter Riester wurde ein zweiter Diskussionsversuch mit Worten ‘...es reicht jetzt...’ abgewürgt. Danach verschwand Walter Riester und kam nach ca. 5 Minuten wieder aus den Räumen der Firma Start Zeitarbeit heraus und fuhr weg... Dauer der ganzen Veranstaltung ca. 10 Minuten...“ (Bericht im Labournet). Wichtig ist, dass es dort eben nicht bei Protesten der Erwerbslosen blieb. Die Vertrauensleute von ver.di beim Arbeitsamt in Duisburg forderten schon am 8. August in einem offenen Brief an Isolde Kunkel-Weber, Mitglied im Bundesvorstand ver.di und Mitglied der Hartz-Kommission, dass das Hartz-Konzept vom Tisch muss.

IG Metall

Aber auch aus dem IG Metall-Bereich gibt es inzwischen eine Reihe von ablehnenden Beschlüssen gegen die Hartz-Pläne. So bezogen die Metalller-Arbeitslosen-Initiative der IG Metall in Frankfurt/Main,

die Delegiertenversammlung der IG Metall Dortmund und der Ortsvorstand der IG Metall Göttingen Stellung. In der Erklärung des Göttinger Ortsvorstandes heißt es: „Wir erwarten vom Vorstand der IG Metall, den in der Presse erweckten Eindruck, die Gewerkschaften seien im Grundsatz mit den Hartz-Vorschlägen einverstanden, öffentlich entgegenzutreten. Der Vorstand ist aufgefordert, ein Konzept zu beschließen, wie die Mitgliedschaft über die Negativwirkung wesentlicher Bestandteile des Hartz-Konzeptes aufgeklärt und gegen deren Umsetzung mobilisiert werden kann.“

In einem Leserbrief an die IG Metall-Zeitung „direkt“ empörten sich Betriebsratsmitglieder von Alstom Power Generation AG in Mannheim-Käfertal, dass der IG Metall-Vorstand die Vorschläge von Peter Hartz begrüßt. Weitere betriebliche Proteste gegen die Hartz-Kommission sind uns vom Vertrauenskörper der DaimlerChrysler Werke in Hamburg und Bremen, der Mitgliederversammlung der IG Metall bei MAN Roland Offenbach, vom Vertrauenskörper von MAHLE in Cannstatt, vom Vertrauenskörper von Siemens (Bereich Power Transmission and Distribution) in Frankfurt und den Vertrauensleuten der Festo-Werke in Esslingen (Baden-Württemberg) und Rohrbach (Saarland) bekannt. Die Vertrauensleute von Festo fordern, nur um ein Beispiel heraus zu greifen, ebenfalls eine offensive Tarifpolitik gegenüber dem Unternehmerlager: „Die rasanten Produktivitätsfortschritte der modernen Industrie haben die Möglichkeit geschaffen, die auf dem letzten IGM Gewerkschaftstag beschlossene 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich (in Entschließung E3) auf die Tagesordnung zu setzen.“

Zu Protesten kam es auch, als bekannt wurde, dass Peter Hartz am 4. November zum Richtfest des neuen IGM-Vorstandesgebäudes eingeladen wurde. Betriebsräte und Vertrauensleute von DaimlerChrysler aus Bremen schrieben: „Werte Kollegen, seid Ihr denn von allen guten Geistern verlassen? Eure Einladung an Herrn Hartz soll Bestandteil eines ‘faszinierenden Erlebnisses’...mit gutem Essen und musikalischer Begleitung’ und ‚mit Überraschungen’ werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht eines jeden Metalllers, ob erwerbslos oder in Arbeit.“ Weitere Protestschreiben kamen von KollegInnen der Hydro Aluminium Uphusen GmbH und der Metalller-Arbeitslosen-Initiative (IG Metall Frankfurt/Main). Während des Richtfestes kam es dann auch zu einer

Aktion von etwa 70 KollegInnen der Metalller-Arbeitsloseninitiative, von Siemens Business Services, MAN-Roland Offenbach, Tenovis, ABB, Continental-Tevis, VW-Glückler und Fife Fidland. Während im Saal Peter Hartz eine 'flexible Gesellschaft' forderte, hieß es draußen: „Wenn die IG Metall-Spitze die Hartz-Kommission unterstützt, die Leiharbeit und Arbeitspflicht einführen will, können sie bald mit großen Eimern in die Betriebe gehen und Mitgliedsausweise einsammeln.“ (Frankfurter Rundschau, 5.11.02)

Berlin

In Berlin lehnte die Bezirkskonferenz von ver.di auf Antrag aus drei Fachbereichen das Hartz-Konzept ab und empfahl der Landesbezirkskonferenz, dies ebenfalls zu tun. Getragen wurde diese Initiative in der Berliner ver.di vom Bezirkserwerbslosenausschuss, der Bezirksfachbereichskonferenz Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen sowie von der Bezirksfachbereichskonferenz Handel. Die Antragsberatungskommission hatte die Annahme eines solchen Beschlusses empfohlen. Es ist zu vermuten, daß sich auch der Landesbezirk gegen die Hartz-Pläne aussprechen wird und damit schon drei

Landesbezirke in Opposition zum Hauptvorstand von ver.di stehen.

Auch in der Berliner IG Metall hat sich inzwischen etwas geregt (siehe Bericht über Delegiertenversammlung unten und Resolution).

Wie weiter?

Wahrscheinlich haben wir nur einen Bruchteil der gewerkschaftlichen Proteste erfassen können. Notwendig ist, dass wir zunächst einmal voneinander wissen. Wenn ihr in eurem Betrieb, als Vertrauenskörper, als Betriebsrat oder eben als gewerkschaftliches Gremium über die Pläne der Bundesregierung diskutiert habt, teilt uns dies mit. Wir werden es in der nächsten Ausgabe von 'berlin von unten' veröffentlichen. Solange die Gewerkschaftsvorstände bei ihrer grundsätzlichen Bejahung der Hartz-Pläne bleiben, und sich an der Rürup-Kommission beteiligen, sind wir darauf angewiesen, den Widerstand selber zu koordinieren. Ein erster Schritt dafür ist der regelmäßige Austausch von Informationen.

Informationen über die gewerkschaftlichen Stellungnahmen findet ihr vor allem im Labournet

www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/modelle/hartz/proteste.html. Den Bericht der Hartz-Kommission selber könnt ihr als Langfassung beim neuen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit runter laden.

www.bmwi.de/Homepage/Politikfelder/Arbeit/Hartz-Konzept/Hartz.jsp und als Kurzfassung auch unter www.webrelation.de/ah/download/kurzfassung.htm

Eine gute, zusammenfassende Broschüre hat das Gegeninformationsbüro in Berlin erstellt. Im Internet unter www.gegeninformationsbuero.de und brieflich unter Gegeninformationsbüro, Kohlfurterstr. 40, 10999 Berlin

Auch das bundesweite Netzwerk der Gewerkschaftlinken hat Stellung genommen. Diese findet ihr im Labournet. Zu erreichen ist das Netzwerk über: Heinz-Günter Lang, Tannenburgstr. 17, Postfach 1201, 64660 Alsbach-Hähnlein Tel. 0 62 57-14 68, <mailto:hagelang@gmx.de> Ewald Wehner, Paul-Gerhard-Ring 15, 60528 Frankfurt/M, Tel. 0 69/666 18 67, Fax: 069/6612279.

■ Delegiertenversammlung der IG Metall in Berlin: Hartz-Vorschläge abgelehnt

Auf eine spannende Diskussion konnte man sich schon im Vorfeld der Delegiertenversammlung der Berliner IG Metall gefasst machen. Das Thema Hartz-Vorschläge schlug insbesondere im Bereich der Arbeitslosenarbeit hohe Wellen. Die Erwartungen an die Diskussion wurden nicht enttäuscht. Das Podium war mit „pro“ durch den Geschäftsführer der „öffentlichen“ Leihfirma START (die inzwischen eine PSA betreibt) aus NRW und mit „contra“ durch einen Kollegen aus der Abteilung Sozialpolitik des IGM-Vorstands interessant besetzt. Während der Geschäftsführer die Vorzüge seines Unternehmens darstellte, ging der IG Metall-Kollege detailliert auf die Bewertung der Hartz-Vorschläge ein, um die im Vorstand hart gekämpft werden musste. In der anschließenden Diskussion meldeten sich über zwanzig KollegInnen zu Wort, von denen aus Zeitgründen nur zehn das Wort erteilt werden konnte.

Alle Beiträge kritisierten die Hartz-Vorschläge und dies z.T. sehr heftig. Ins-

besondere aus dem Bereich der Arbeitslosen und der Jugend kochte die Empörung hoch. Viele der Beiträge waren vorher schriftlich ausgearbeitet, was zeigt, wie ernsthaft das Thema angegangen wurde. Wegen des hohen Diskussionsbedarfs beschloss die Versammlung, eine weitere Veranstaltung zum Thema durchzuführen

Vor diesem Hintergrund war die große Zustimmung zum Antrag der Stadtteilgruppe Spandau, die Hartz-Vorschläge abzulehnen, keine große Überraschung mehr. Bei nur wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen wurde der Antrag angenommen.

Wir sehen diesen Antrag als Handlungsauftrag an die IG Metall, insbesondere weiter Aufklärungsarbeit zu leisten. Im übrigen beschloss die Versammlung auf einen Initiativantrag hin, die Demonstration am 5. Dezember gegen die Hartz-Pläne zu unterstützen. **Hans Köbrich**

15.11.2002: „NEIN ZUR ZUSAMMENLEGUNG VON SOZIAL- UND ARBEITSLOSENHILFE“



■ Schenkt euren Kindern zu Weihnachten eine Lehrstelle oder

Was bedeutet das „Ausbildungs-Zeit-Wert-Papier“ in der Praxis?

Teil 4, Modul Jugendliche Arbeitslose/ Ausbildungs-Zeit-Wert-Papier (AZWP) des Hartz-Papiers beschäftigt sich auf 12 Seiten inklusive einiger Schaubilder (S.103 bis 113 der Langfassung) damit, wie die jugendlichen Arbeitslosen ohne Berufsausbildung in eine solche kommen können. Erst einmal nichts Schlechtes, scheint es. Bei den meisten Diskussionen über Hartz ist der Bereich der Berufsbildung deswegen eher nebenher behandelt worden. Worum geht es Hartz und seiner Truppe in diesem Modul?

In der Hauptsache um die Einführung eines Wertpapiers für Berufsausbildung mit einem „doppelten Zweck: Die Organisation und Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsstellen. Die Garantie für eine Ausbildung durch ein zweck- und Personengebundenes Wertpapier“.

Wie geht das? Familienangehörige können es bei einer Stiftung kaufen. Arbeitslose Jugendliche bezahlen damit ihre Berufsausbildung direkt beim Betrieb. Die Stiftung (also rechtlich ein privater Verein) bekommt das Geld für das AZWP aus Ankäufen, Spenden, Zuschüssen der Arbeitsverwaltung und aus einem Rabattkartensystem. Ich habe in den letzten Monaten in einer Reihe von ver.di-Vorständen und Funktionärskörpern über Hartz referiert und jedes Mal, wenn ich am Modul 4 „AZWP“ angekommen war, waren die Reaktionen gleich: *„Du machst Witze! Dem sollen unsere Leute in der Kommission zugestimmt haben? Das kann doch nicht wahr sein! Sollen unsere Kinder wieder Lehrgeld zahlen?“*

Die Kinder vielleicht nicht, aber die Eltern. Wie soll das gehen? Lassen wir Hartz sprechen. (Alles nachzulesen auf S. 110 – 113 in der Langfassung)

Jeder der derzeit 255.000 arbeitslosen Jugendlichen bis 25 Jahre, der keine Berufsausbildung hat, kann das AZWP bei den neu einzurichtenden regionalen oder lokalen Stiftungen kaufen, um damit seine Berufsausbildung direkt beim Betrieb zu bezahlen. Eine Stiftung wird gegründet, in die öffentliche Einrichtungen, Unternehmen und Privatpersonen spenden können. Auch eine Anschubfinanzierung wird benötigt. Darüber hinaus wird es eine deutschlandweite Rabattkar-

te „Wertpapier für Junge“ geben: Wer in den teilnehmenden Geschäften einkauft, erhält den Rabatt gutgeschrieben – spendet also anonym. Das Geld wird am Kapitalmarkt angelegt. Eltern und Großeltern können zudem Wertpapieranteile kaufen – und sie für die Ausbildung ihrer Kinder und Enkel ansparen. Wer einen Ausbildungsplatz sucht, erhält ein Wertpapier. Unternehmen erhalten auf diesem Weg eine Förderung, wenn sie ausbilden. *„Alle machen mit“* bei der Kapitalsammelstelle, meint die Kommission, denn *„alle haben Interesse an gut ausgebildeten jungen Leuten“*. Wer sein Wertpapier nicht braucht, kann das Geld auch zum Studieren nutzen.

Also werden wir konkret: Der Siemens-Mechaniker Knut St. hat einen 10-jährigen Sohn, nennen wir ihn Lukas. Knut weiß, dass die Lage auf dem Ausbildungsmarkt Berlin/Brandenburg besch... ist. Er hat im Internet beim Landesarbeitsamt Berlin/Brandenburg die Mitteilung „Der Ausbildungsstellenmarkt“ gelesen und gelernt: *„Es gab in Berlin/Brandenburg 66.963 Bewerber auf Ausbildungsplätze und 36.122 gemeldete Ausbildungsplätze im Arbeitsamtsjahr Oktober 2001 bis September 2002. Zum Ende September 2002 waren 5.366 Jugendliche noch nicht vermittelt und offene Ausbildungsplätze gab es noch 348.“*

Mehr als 15 Bewerber auf eine Stelle, das ist Knut St. zu unsicher. Lukas soll eine gute Ausbildung bekommen und einen Beruf, der seinen Mann ernährt. Also informiert sich Kollege Knut bei der betrieblichen Informationsstelle und bekommt den Leitfaden „Hartz im Alltag“ und die Muster-Rabatt-Karte „Hartz-Silber“. Das verändert sein Leben.

Knut St. und seine Frau kaufen nur noch in Geschäften ein, die „über Kundenrabatte und Händlerpauschalen dazu beitragen, der Initiative auf Dauer Gelder bereitzustellen (Rabatte für mehr Ausbildung.“) (S.111) Die anderen Geschäfte werden boykottiert.

Außerdem weiß Knut St. *„Jeder kann über sein individuelles Rabattkonto Mittel ansparen, die für die Finanzierung von Ausbildungsplätzen eingesetzt werden. ... Zusätzlich können Eltern, Großeltern,*

Verwandte etc. Ausbildungs-Zeit-Wert-Papiere für ihre Kinder, Enkel usw. in beliebiger Höhe erwerben.“ (S.111/12)

Ab jetzt ist jeder Geburtstag von Lukas ein Drama, Weihnachten ist noch stressiger als sonst und auch bei Jugendweihe/Konfirmation ist jetzt vieles anders. Reale Geschenke werden jetzt virtuell, statt Play-Station II ist jetzt Hartz IV angesagt. Man kann es sich vorstellen. *„Mama, bekomme ich schon wieder nur so eine eklige Rabattmarke?“* Da hat es Knut St. schwer seinem Sohn begreiflich zu machen, dass *„eine solche Karte – mit dem Image des Sozialbeitrages, zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen beizutragen – ... als große Gemeinschaftsaktion“* betrachtet werden muss. Die Flut kommt einmal im Jahrhundert, Hartz IV jeden Tag. Dafür kommt dann nach sechs Jahren Sammeln und Gemeinschaftsaktion der Tag, an dem sich Lukas mit einem Rabattmarkenbuch und Ausbildungs-Zeit-Wert-Papier bei einer Firma, nennen wir sie X-AG vorstellt und natürlich sofort und das ganz sicher eine Lehrstelle bekommt. Denn alle anderen 60.000 Bewerberinnen – und Bewerber haben dies nicht. Aber was macht Lukas dann, wenn es immer noch zuwenig Stellen gibt, aber mehr Bewerber mit Papieren? Hätte Vater Knut St. eine zweite Rabattkarte kaufen sollen, mit höheren Beiträgen oder was?

Verlassen wir die Zukunft, kommen wir zur Gegenwart, in der die Zukunft gestaltet oder missgestaltet wird.

Die Gewerkschaftsjugend hat bundesweit aufgeschrien, als dieser Teil IV des Hartz-Papiers bekannt wurde. Sie wusste, wohin der Hase laufen würde. Ich kenne zu Hartz Dutzende von ablehnenden Erklärungen von Gliederungen der Gewerkschaftsjugend (siehe u.a. Labournet), aber nicht eine positive. Mir sagte im Gespräch ein Kollege vom DGB-Bundesjugendausschuss: *„Glaubst Du ernsthaft, dass dann noch ein Betrieb auf seine eigenen Kosten ausbildet, wenn der Staat oder die Beschäftigten bereit sind, alles privat zu bezahlen?“* Nicht wirklich.

Ver.di-NRW hat es auf den Punkt gebracht: Unsere alte und immer noch richtige Forderung *„Wer nicht ausbildet, soll zahlen“*, wird verkehrt in ihr Gegenteil:

„Wer ausgebildet werden will, soll zahlen“! (aus: Arbeitslosigkeit ist kein Problem der Arbeitslosen – Positionspapier der ver.di-Landesbezirksleitung NRW)

Die Kritik an diesem Teil des Hartz-Papiers umfasst vor allem die folgenden Punkte:

- Bislang liegt die Verantwortung für eine funktionierende Berufsausbildung bei den Unternehmern, dies hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 10.12.1980 ausführlich begründet. Diesen Grundsatz missachtet die Hartz-Kommission. Unternehmer werden aus der Verpflichtung und Verantwortung auszubilden, entlassen
- Hartz IV nimmt vorrangig die Familien in die Verantwortung für die Ausbildungsfinanzierung. Ausbildungs-vorsorge wird zu Bildungs-Pflicht-Sparen.
- Zuschüsse von der Bundesanstalt für Arbeit zur Finanzierung der beruflichen Erstausbildung in großem Umfang wurden in der Vergangenheit von allen Beteiligten abgelehnt. Überein-

stimmend war man der Meinung, dass dies nicht Aufgabe der Beitragszahler sei, da die primäre Ausbildungsverantwortung bei der Wirtschaft und dem Öffentlichen Dienst liege. Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

- Das Ausbildungs-Zeitwertpapier ist ein untaugliches Instrument zur Lösung der Ausbildungsmisere bei jugendlichen Arbeitslosen. Es muss damit gerechnet werden, dass es zu einem weiteren dramatischen Abbau der von den Betrieben finanzierten Berufsausbildung kommt. Insgesamt würde damit das Ende der von den Arbeitgebern finanzierten Berufsausbildung eingeläutet. Die Beitragszahler der Bundesanstalt für Arbeit und die Familien der Auszubildenden würden die Hauptlast der Ausbildungskosten tragen. Die Arbeitnehmer wären dann doppelt belastet: Durch den Kauf/Ansparen des Ausbildungs-Zeitwertpapiers und als Beitragszahler bei der Arbeitslosenversicherung.
- Wenn in einem Teil der Berufsbildung

mit Hartz IV angefangen wird, werden anschließend Bildungsgutscheine für alle Bereiche der beruflichen Bildung bald zur Norm werden. Einzig die Erwerbung dieser Gutscheine dürfte für bestimmte gesellschaftliche Gruppen zum Problem werden (Eigenfinanzierung für einkommensschwache Familien, Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende.) Ergebnis: Zurück in die 50er Jahre. Dumm, weil arm?

- Das AZWP würde danach eine umfassende Privatisierung aller Bildungskosten einläuten. Dieser Vorschlag läuft darauf hinaus, Bildung aus dem Katalog der Leistungen des Sozialstaates zu streichen und sie zu einem kostenpflichtigen Angebot zu machen.

Dieser Teil IV von Hartz muss von den Gewerkschaften kompromisslos abgelehnt werden! Mit Positionen, die zu 100% gegen Arbeitnehmer und ihre Familien gerichtet, kann es keine Vermittlung geben.

Ulrich Peter Mitgl. im Landesfachbereichsvors. Gesundheit, ver.di-Berlin-Brandenburg

Die vollständige Zeitung kann unter der unten angegebenen Adresse – auch zum Weiterverkauf – erworben werden.

berlin  **von unten**

Kontakt:
Stefan Müller
Kopernikusstraße 33
10243 Berlin

e-mail:
solidarisches.soziales@berlin.de

ViSdP.: Andreas Hesse

